

**An die Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst
und ihre Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP**

Berlin, den 24. März 2014

Solidarität im Tarifkonflikt Gute Löhne für einen guten öffentlichen Dienst

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit diesem Schreiben wollen wir Euch für die Partei DIE LINKE unsere Solidarität im Tarifkonflikt übermitteln und unsere Unterstützung anbieten.

In dieser Tarifrunde geht es nicht nur darum, für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes den Anschluss an die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung wiederherzustellen. Es geht vor allem um die Frage: was ist uns die unverzichtbare Arbeit von Erzieherinnen, Müllfahrern, Krankenschwestern, Feuerwehrleuten und vielen anderen wert?

In den letzten Jahren ist am Öffentlichen Dienst Raubbau betrieben worden. Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche haben Löcher in die öffentlichen Haushalte gerissen und zu einem massiven Stellenabbau geführt. Öffentliche Dienstleistungen wurden eingeschränkt und ausgelagert, die Arbeitsbelastung erhöht. Jede zweite Neueinstellung ist nur noch befristet.

Angesichts dessen sind die gewerkschaftlichen Forderungen nach einem Lohnplus von 100 Euro sowie zusätzlich 3,5 Prozent mehr als berechtigt. Vor allem die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen würden so gestärkt. Auch 30 Tage Urlaub altersunabhängig für alle und eine verbindliche Übernahmeregung für Auszubildende sollten eigentlich selbstverständlich sein.

Ohne einen Streik, ohne starken Druck aus den kommunalen Betrieben und Einrichtungen und ohne eine sichtbare Präsenz auf der Straße, wird es keine deutliche Erhöhung der Löhne mit einer sozialen Komponente geben.

Schon jetzt ist von Arbeitgeberseite zu hören: Die Kassen sind leer, die Schuldenbremse drückt. Aber diese alte Leier wird nicht richtiger, je öfter sie wiederholt wird. Die Steuerschätzung der Bundesregierung sagt für die kommenden Jahre zweistellige Steuermehreinnahmen voraus. Und gegen öffentliche Armut und Sachzwänge, die aus der Schuldenbremse entstehen, gibt es ein Gegenmittel: Statt die öffentlichen Haushalte auf dem Rücken der Beschäftigten zu konsolidieren, muss die Bundesregierung die Reichen und Vermögenden zur Kasse bitten. Allein durch eine Vermögensteuer für Millionäre von 5 Prozent ließen sich jährlich über 80 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen. Damit ließe sich eine öffentliche Infrastruktur mit guten Arbeitsbedingungen finanzieren, die allen zu Gute kommt und das demokratische Zusammenleben stärkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir als LINKE wollen unseren Beitrag leisten, damit in einem guten öffentlichen Dienst auch gute Löhne gezahlt werden. In den Parlamenten thematisieren wir diese Frage über Anträge und Anfragen (Informationen dazu findet ihr weiter unten). Wir wollen im Tarifkonflikt aber vor allem praktische Unterstützung vor Ort leisten, mit Euch auf die Straße gehen und aktiv um Solidarität in der Bevölkerung werben.

In diesem Sinne bieten wir Euch unsere Unterstützung an. Wir wünschen Euch, wünschen uns eine erfolgreiche, gemeinsame Tarifbewegung, denn wir haben alle ein gemeinsames Ziel:

Gute Löhne, gute Arbeit und gute öffentliche Dienstleistungen für uns alle!

Mit solidarischen Grüßen



Bernd Riexinger
(Vorsitzender der Partei DIE LINKE)



Sabine Zimmermann
(arbeitsmarktpolitische Sprecherin
der Bundestagsfraktion DIE LINKE)



Jutta Krellmann
(gewerkschaftspolitische Sprecherin
der Bundestagsfraktion DIE LINKE)

Initiativen und Aktivitäten der LINKEN

Solidaritätsflugblatt „Gute Löhne für gute öffentliche Dienstleistungen“:

<http://dokumente.linksfraktion.net/download/20140306-gute-loehne-fuer-gute-oeffentliche-dienstleistungen.pdf>

Anfragen an die Regierung zur Lohn- und Arbeitssituation

Klares Zeichen für höhere Löhne setzen: <http://www.linksfraktion.de/nachrichten/zahl-niedriglohnbeschaeftigten-oeffentlichen-dienst-verfuenffacht-400-000-befristet-beschaeftigte/>

Beschäftigte brauchen Sockelbetrag: <http://www.linksfraktion.de/nachrichten/oeffentlicher-dienst-sockelbetrag-schlechtere-lohnentwicklung-unteren-lohngruppen-ausgleichen/>

Debatte im Bundestag: <http://www.linksfraktion.de/reden/hoehere-loehne-beschaeftigten-oeffentlichen-dienst/>

Antrag: „Höhere Löhne in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen absichern“: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/007/1800795.pdf>